



**Roma-Treffen**  
c/o Romane Aglonipe e.V.  
Roma in Niedersachsen  
Djevdet Berisa  
fon 01520 – 2789399  
romane.aglonipe@gmx.net  
<http://romatreffen.wordpress.com>

## **Kosovo: Innenminister mit AWO-Hilfe Rückführungsvertrag mit Deutschland ist ein großer Fehler**

Hannover, 08.11.2009. Wie reagieren die zuständigen Behörden in Deutschland auf die Forderung nach einem sichern Aufenthalt für langjährig hier lebende Flüchtlinge? „Deutschland war lange großzügig gegenüber Kosovo-Flüchtlingen und fördert jetzt auch noch die Rückkehr“, erklärte Frau Lorberg, Mitglied des Landtages am 26.08.2009 in Hannover bei einem Gespräch im Anschluss an die Plenardebatte in kleiner Runde einer Delegation der Romatreffen. Gerade hatte sie die Position der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag begründet. Ihre Fraktion lehnte die Anträge der Fraktionen der Grünen und der Linke ab, die von der SPD unterstützt wurden. Es ging um den Erlass eines Abschiebestopps für Minderheiten-Angehörige aus dem Kosovo.

Was weiß jemand wie Frau Lorberg über die Lebenswirklichkeit im Kosovo? Welche Zweifel läßt ein Innenminister wie der Niedersächsische Innenminister Schünemann zu, der sich in der Debatte gegen die „wiederholten Nackenschläge“ verwehrt, habe er doch zur Reintegration der Flüchtlinge im Kosovo besondere Brücken gebaut.

Nun erscheint ein detaillierter Lagebericht über eine Kosovo-Rückkehrer-Familie in der Hilpolsteiner Zeitung/Nürnberger Zeitung vom 07.11.2009 (<http://www.hilpoltsteiner-zeitung.de/artikel.asp?art=1118230&kat=10&man=16> ).

Der Autor, Michael Kasparowitsch, erläutert in seiner Reportage am Beispiel der Familie von Sead Thaqi (24), von Nürnberg abgeschoben nach Pristina, die Lebenssituation vor Ort. Thaqi lebt jetzt mit Frau und zwei Kindern vom Gebrauchtwagen-Laden und der Unterstützung der AWO Nürnberg. Das Haus der Familie wurde im Krieg 1999 zerstört, jetzt lebt sie in eine kargen Mietwohnung, solange der Mietzuschuss der AWO bestehen bleibt. Der Vater von Herrn Thaqi liefert regelmäßig Gebrauchtkleider aus Nürnberg, die AWO zahlt einen befristeten Lohnkostenzuschuss – die Familie hängt am Tropf der AWO. Man fragt sich: Warum konnte die Familie nicht gleich in Nürnberg bleiben?

Welche Aussicht hat sie auf ein eigenständiges Leben in Sicherheit und Würde? Die AWO Nürnberg unterhält in Pristina ein Beratungsbüro für „Rückkehrer“. Das Budget beträgt laut Zeitungsbericht 100.000.- EUR (vermutlich pro Jahr?). 300 Beratungen gab es in einem Jahr. Wäre jede Anfrage die Anfrage einer Familie, stünden pro Anliegen einmalig 333,33 EUR zur Verfügung. Aus der Traum, Frau Lorberg. Aber sicher werden von dem Jahresbudget auch zunächst noch die fünf Mitarbeiter bezahlt?

Frau Lorberg würde sagen: „Die AWO leistet wertvolle Anfangshilfe, dann ist der neue Staat zuständig. Schließlich gibt es im Kosovo jetzt auch Sozialhilfe“. Aber für wen – und wieviel, Frau Lorberg? Kasparowitsch hat weitergefragt:

„Der Wunsch ist das eine, unsere Möglichkeiten was anderes“, bemerkt Bali Muharremaj lakonisch. Er ist der zuständige Abteilungsleiter im Innenministerium und war an der Aushandlung des Abkommens mit Deutschland beteiligt. Von dem ebenso jungen wie armen Staat Kosovo ist keine große Hilfe für die zurückkehrenden Landsleute zu erwarten. Muharremaj spricht von einer 'moralischen Verpflichtung', die eigenen Bürger zehn Jahre nach dem Krieg aufzunehmen, bemerkt aber gleichzeitig: 'Dass es dem Land wirtschaftlich so schlecht geht, dafür kann keiner was'. Er rät den Ankömmlingen 'lieber für fünf Euro am Tag zu arbeiten, als gar nicht'. Das ist das Konzept des Direktors für die lange Phase eines vagen Aufschwungs. 'Ich verdiene selbst nur 330

Euro im Monat'.

Sozialhilfe gibt es auch im Kosovo. Sie liegt durchschnittlich bei rund 50 Euro im Monat. 'Das reicht den Menschen für den monatlichen Zigarettenbedarf', bemerkt der hohe Beamte mit einem Hauch Zynismus und lässt dabei eine Schachtel Malboro auf seinen Schreibtisch plumpsen. Eine Geste kontrollierter Verzweiflung. 'Das ist die Realität'.

Frau Lorberg würde sagen: „Das sind doch reelle Zahlen: Wenn ein hoher kosovarischer Beamter mit 330.- EUR Gehalt lebt, schaffen die Flüchtlinge das auch mit viel weniger. Ist doch in Deutschland auch so. Hier verdient auch nicht jeder Beamtengehälter“. Recht hat sie: Wieviel braucht eine kleine Familie denn zum Überleben im Kosovo? Kasparowitsch hat eine Antwort gefunden:

„Besnik Avdosoji kennt diese Realität auch. Er koordiniert Kurse in einem mit internationaler Hilfe errichteten Roma-Zentrum in Prizren. 'Dieser Rückführungsvertrag mit Deutschland ist ein großer Fehler', sagt er, 'niemand ist hier auf solche Menschenmassen vorbereitet'. Es gibt keine Arbeit, keine Unterkünfte, keine staatliche Hilfe. 'Die machen Experimente mit uns'. Wie sie ausgehen, kann er sich vorstellen: Die sozialen Spannungen werden bis an die Grenze zu Unruhen wachsen“.

Soweit die Eindrücke eines Journalisten aus Nürnberg in der Hilpolsteiner Zeitung.

#### Bleiben Fragen zur Rolle der AWO Nürnberg:

Die „Beratung und Begleitung von Flüchtlingen“ ist ein Arbeitsfeld im Referat „Migration und Integration“. Frau Sommer, Bereichsleitung, ist auch für das Projekt „Zentrale Rückkehrberatung“ verantwortlich, das auch im Kosovo tätig ist. Mit Mitteln des Europäischen Rückkehrer-Fonds, des Auswärtigen Amtes, mit Stiftungsgeldern und Spenden sollen „Rückkehrer“ unterstützt werden. Hier spielt die AWO eine zentrale Rolle bei dem, was Frau Lorberg in Hannover gelernt hat: „Wir“ helfen bei der Integration der „Rückkehrer“ im Kosovo. Und weil das so ist, hat Frau Lorberg politisch und persönlich keine Skrupel, alle Forderungen nach einer Verbesserung der Aufenthaltssituation der Kosovo-Flüchtlinge hier abzulehnen.

Der Hilpolsteiner Zeitung ist zu danken, dass exemplarisch berichtet wird, was die „Rückkehr“, die wohl eher >Deportation ins Elend< genannt werden muss, in der Realität zu bedeuten hat. Der Journalist informiert sich vor Ort, sein Bericht bestätigt die warnenden Hinweise und Empfehlungen Internationaler Untersuchungen zur Entwicklung im Kosovo.

Frau Lorberg glaubt ihrem Innenminister, dem der Einsatz der AWO Nürnberg u.a. Hilfsorganisationen wohl bekannt ist.

Die aktuelle Petition der Roma-Treffen an die Innenministerkonferenz in Bremen (02.-04.12.2009) nennt vier wichtige Stimmen, die Frau Lorberg vielleicht noch zur Kenntnis nehmen mag. Denn seit der letzten Lagebewertung des Auswärtigen Amtes im Februar 2009 liegen neue Bewertungen der Entwicklung im Kosovo vor, die vor zwangsweisen Rückführungen warnen:

Das Hohe Flüchtlingskommissariat der UN, UNHCR, bekräftigt die „andauernde Schutzbedürftigkeit von Personen aus dem Kosovo“ und hat der Innenministerkonferenz bereits im Mai 2009 mitgeteilt, „dass die Sicherheitslage von Roma im Kosovo nach wie vor unsicher ist...Aus UNHCR-Sicht mangelt es über Verfolgungsgefahren hinaus an den notwendigen Rahmenbedingungen für eine Rückkehr in Sicherheit und Würde.“ (UNHCR-Mitteilung, 18.05.09)

Die Expertengruppe für Roma des Europarates erklärte am 01.07.09 zur Rückkehr von Roma nach Kosovo und Süd-Ost-Europa, dass Flüchtlinge und Binnenflüchtlinge eine reale Möglichkeit zur Rückkehr erhalten sollten, angesichts der „fragilen Sicherheitslage“ aber jeder Asylantrag sorgfältig und in einem fairen Verfahren zu prüfen sei. Eine Rückkehr sollte vorrangig freiwillig stattfinden, in Übereinstimmung mit Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates (1999).

Der EU-Menschenrechts-Kommissar, Thomas Hammarberg, legte einen ausführlichen Bericht zum Kosovo vor (Straßburg, 02.07.2009). Darin erklärt er u.a., dass Kosovo weder über die Mittel noch Kapazitäten verfüge, zwangsweise Abgeschobene in Sicherheit und Würde aufzunehmen...

Die Europäische Kommission legte am 14.10.09 ihre Fortschrittsberichte für die Länder des westlichen Balkan vor. Der Bericht zum Kosovo bestätigt einerseits „die europäische Perspektive“ für das Land, stellt aber fest, dass „nur eine gut funktionierende öffentliche Verwaltung, ein nicht korruptes Justizsystem, sowie freie Medien das Vertrauen der Bevölkerung in diese Institutionen zurück(bringen)“ (Pressemitteilung 14.10.09).

Die bundesweite Arbeitsgruppe für Flüchtlinge, Pro Asyl, veröffentlichte am 15.10.09 die Ergebnisse einer Recherche, bei der Dr. Dünnwald im August 2009 abgeschobene Roma im Kosovo zu ihrer Situation befragte und Informationen zur Sicherheitslage sammelte. Demnach leben Abgeschobene in äußerst prekären Verhältnissen: „Die Sicherheitslage für Roma ist weiterhin als nicht-stabil einzuschätzen“. So wurden Roma-feindliche Attacken im Sommer bisher nicht aufgeklärt (Presseerklärung Pro Asyl, 15.10.09).

**Zur Zeit ist nur eine einzige Schlussfolgerung politisch und humanitär zu vertreten:  
Angehörige der Roma-Minderheit brauchen weiterhin internationalen Schutz.**

**Wir fragen Frau Sommer, stellvertretend für die AWO Nürnberg, ob sie die Internationalen Positionen zum Kosovo kennt und ob sie den aktuellen Appell der Romatreffen für die AWO Nürnberg unterstützen kann. Es besteht die Gefahr, dass die Tätigkeit der AWO von den Innenministern in Deutschland mißbraucht wird, um eine rigide Abschiebungspolitik zu begründen. „Wir helfen vor Ort weiter“!?**

Die von den Innenministerien angebotenen finanziellen Hilfe für Rückkehrer, einige Hundert Euro pro Erwachsenem, sowie Hilfe bei der Arbeits- und Wohnungssuche durch das deutsche Verbindungsbüro in Pristina (SZ, 14.10.09), sind angesichts der gut dokumentierten Gesamtsituation im Kosovo kaum mehr als ein vages Versprechen.

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat schon 2007 im Bundestag gefordert, das Gespräch mit den Roma zu suchen, um eine Verbesserung ihrer Lage herbeizuführen. Die Kooperation mit Roma-Organisationen bei der sozialen und kulturellen Aufnahme der Roma-Familien kann dazu beitragen, die in Deutschland zu lösenden sozialen und kulturellen Fragen zu bearbeiten:

**Für ein Leben in Sicherheit und Würde! Sicheres Aufenthaltsrecht in Deutschland jetzt!**

**Unterstützen Sie den aktuellen Appell der Romatreffen an die Innenministerkonferenz in Bremen, der am 02.12.2009 übergeben wird.**

**Mehr Informationen: <http://romatreffen.wordpress.com>**